

**AMT DER SALZBURGER LANDESREGIERUNG**

Postanschrift: Postfach 527, A-5010 Salzburg Telex: 633028 DVR: 0078182

Zahl (Bei Antwortschreiben bitte anführen)

wie umstehend

Betreff

wie umstehend

Chiemseehof

☎ (0662) 80 42 Durchwahl

Datum

2428

30. JUNI 1986

An

1. das Amt der Burgenländischen Landesregierung
Landhaus
7000 Eisenstadt
2. das Amt der Kärntner Landesregierung
Arnulfplatz 1
9020 Klagenfurt
3. das Amt der NÖ Landeregierung
Herrengasse 9
1014 Wien
4. das Amt der OÖ Landesregierung
Klosterstraße 7
4020 Linz
5. das Amt der Steiermärkischen Landesregierung
Hofgasse
8011 Graz
6. das Amt der Tiroler Landesregierung
Maria-Theresien-Straße 43
6020 Innsbruck
7. das Amt der Vorarlberger Landesregierung
Landhaus
6901 Bregenz
8. das Amt der Wiener Landesregierung
Lichtenfelsgasse 2
1082 Wien
9. die Verbindungsstelle der Bundesländer
beim Amt der NÖ Landeregierung
Schenkenstraße 4
1010 Wien
10. das Präsidium des Nationalrates
Parlament
Dr. Karl-Renner-Ring 3
1017 Wien

RAHMENGESETZENTWURF	
Z	38 -GE- 86
Datum: 3. JULI 1986	
Verf. 1986-07-08	

H. Hayek

zur gefl. Kenntnis.

Für die Landesregierung:
Dr. Edelmayer
Landesamtsdirektor

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:



**AMT DER SALZBURGER LANDESREGIERUNG**

Postanschrift: Postfach 527, A-5010 Salzburg Telex: 633028 DVR: 0078182

An das
Bundesministerium für
soziale Verwaltung

Stubenring 1
1010 Wien

Neue
Telefonnummer
(0662) 8042 Durchwahl



Chiemseehof

Zahl (Bei Antwortschreiben bitte anführen)

0/1-625/159-1986

☎ (0662) 41561 Durchwahl

2618/Dr. Paulus

Datum

30.6.1986

Betreff

Novellierung des Ausländerbeschäftigungsgesetzes; Stellungnahme
Bzg.: Do. Zl. 35.401/8-2/86

Zu dem mit dem obgenannten Schreiben versendeten Gesetzentwurf
nimmt das Amt der Salzburger Landesregierung wie folgt Stellung:

Gemäß § 28 Abs. 1 des Ausländerbeschäftigungsgesetzes begehen
Personen, die einen Ausländer, für den keine Beschäftigungs-
bewilligung erteilt wurde, beschäftigen, eine Verwaltungsüber-
tretung und sind im Falle der Erstbegehung mit einer Geldstrafe
von 2.500 S bis 30.000 S, im Wiederholungsfalle von 5.000 S
bis 60.000 S zu bestrafen. Das Ausländerbeschäftigungsgesetz
in seiner derzeit geltenden Fassung hat seinen Zweck durchaus
erreicht.

In der geplanten Novelle ist nunmehr die Erhöhung der ange-
führten Strafsätze von 2.500 S auf 10.000 S bis 60.000 S bzw.
von 5.000 S auf 20.000 S bis 120.000 S vorgesehen.

Es darf zunächst darauf hingewiesen werden, daß bereits die
jetzigen Mindeststrafen hart sind, vor allem in jenen Fällen,
in denen es etwa zu einer nicht bewilligten Beschäftigung von
Ausländern nur deswegen kommt, weil der Dienstgeber zu spät
die Verlängerung der erteilten Bewilligung beantragt hat, was
in vielen Fällen zu einer bewilligungslosen Beschäftigung etwa

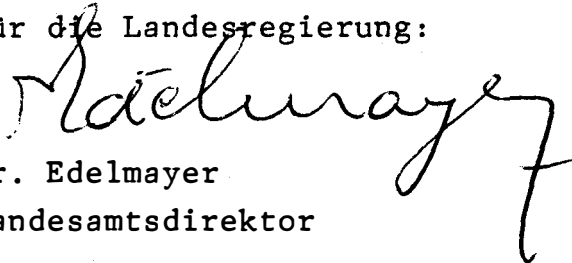
- 2 -

in der Dauer von 10 Tagen führt. Regelmäßig werden auch die Fremdarbeiter angestellt und gleichzeitig die Beschäftigungsbewilligung beantragt und hiebei übersehen, daß vor der Erteilung der Beschäftigungsbewilligung eine Befassung des Ausländers mit Arbeiten nicht statthaft ist. Auch in solchen Fällen, die oft nur wenige Tage umfassen, konnte mit den bisherigen Mindeststrafen regelmäßig das Auslangen gefunden werden.

Die bisher im § 28 für den Erstbetretungs- bzw. den Wiederholungsfall vorgesehenen Strafen reichen zur Ahndung der nach diesem Gesetz möglichen Verwaltungsstraftaten nach ha. Auffassung aus, sodaß für die Erhöhung der Mindeststrafen bzw. die Ausweitung der Strafraumen, wie sie im Art. I Z. 23 des gegenständlichen Entwurfes vorgesehen sind, kein Bedarf besteht.

Gleichschriften dieser Stellungnahme ergehen u.e. an die aus dem Land Salzburg entsendeten Mitglieder des Bundesrates, an die Verbindungsstelle der Bundesländer, an die übrigen Ämter der Landesregierungen und in 25 Ausfertigungen an das Präsidium des Nationalrates.

Für die Landesregierung:


Dr. Edelmayer
Landesamtsdirektor